

Antrag der Fraktion der CDU**Bundesmittel für Bremen sichern!**

Eine gute Infrastruktur ist lebenswichtig für unsere beiden Städte. Sanierte Straßen, belastbare Brücken und ein gut funktionierender öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) verbessern nicht nur die Lebensqualität der Menschen, sondern sind auch maßgeblicher Garant für wirtschaftliche Stabilität. Mit dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, das bis 2030 im vollen Umfang fortgeführt wird, hat Deutschland eine gute Basis für eine Verbesserung der Infrastruktur vor Ort geschaffen. Auch im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans leistet der Bund einen Anteil an dem Erhalt und Neubau unserer Autobahnen.

Dass Bremen dringend finanzielle Unterstützung in der Infrastruktur gebrauchen kann, zeigt sich in den aktuellen Diskussionen um reparaturbedürftige Straßen und Brücken. Auch der Ausbau weiterer Straßenbahnlinien, wie im Verkehrsentwicklungsplan beschrieben, lässt sich durch die angespannte Haushaltslage in Bremen nur mithilfe von Bundesmitteln realisieren. Deshalb ist es umso wichtiger, sofort mit Planungen für Straßen- und Brückenprojekten sowie dem weiteren Ausbau des ÖPNV zu beginnen und die Finanzierung sicherzustellen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die zuständigen Planungsabteilungen finanziell und personell so auszustatten, dass mit der Planung von neuen Infrastrukturprojekten begonnen werden kann.
2. die im Verkehrsentwicklungsplan festgelegten Neubaustrecken für den ÖPNV kurzfristig planreif zu machen, um somit die Regionalisierungsmittel des Bundes und Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz abrufen zu können.
3. der Bürgerschaft (Landtag) einen Überblick zu verschaffen, welche spezifischen infrastrukturellen Förderprogramme es von Bundeseite gibt, und welche davon von Bremen für geplante und baureife Projekte in Anspruch genommen werden.

Heiko Strohmann, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU